

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen hat beschlossen:
Der Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt möge beschließen:
Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Initiativantrag

Eine Rückkehr zum Normalbetrieb kann es nicht geben

Unsere jungsozialistische Antwort auf die Corona-Pandemie

1 Die Corona-Krise hat uns mal wieder eine Tatsache vor Augen geführt, die wir eigentlich alle
2 schon länger wissen: Der Markt regelt es nicht. Das kriselnde System Kapitalismus ist der
3 Pandemie nicht gewachsen und um es irgendwie am Laufen zu halten, sind erneut
4 weitreichende staatliche Eingriffe nötig. Doch nicht nur die Wirtschaft braucht Unterstützung.
5 Staatliches Handeln muss in erster Linie darauf abzielen Menschen zu helfen. Die Wirtschaft
6 anzukurbeln, darf am Ende nur Mittel zum Zweck sein, um allen ein gutes Leben zu
7 ermöglichen. Das bedeutet für uns, dass die Mobilisierung enormer gesellschaftlicher und
8 finanzieller Kräfte dafür genutzt werden muss, schon seit langem fällige
9 Transformationsprozesse endlich anzustoßen. Denn das Ergebnis dieser Pandemie darf auf
10 keinem Fall eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Arm und Reich,
11 zwischen Besitzenden und Besitzlosen sein!

12

Mieter*innen langfristig schützen.

14 Das Auslaufen des Kündigungsschutzes zum 1.7. stellt für Betroffene eine unverhältnismäßige
15 existenzielle Bedrohung dar. Zu glauben das die sozialen Probleme der Krise durch die
16 aktuellen Entwicklungen der Epidemie und das Streben nach Normalisierung des öffentlichen
17 Lebens gelöst sind, ist fahrlässig. Im Gegenteil wird sich die finanzielle Situation vieler
18 Menschen trotz der fortschreitenden Normalisierung weiter verschärfen. Kurzarbeit,
19 Kündigung und andere finanzielle Belastungen aufgrund der Corona-Krise stellen Menschen
20 weiterhin vor gravierende Probleme. Verstärkend hinzu kommt, dass Rücklagen welche in den
21 ersten Monaten noch vieles abfangen konnten aufgebraucht seien dürften, sodass die Zahl
22 der Menschen die ihre Miete nicht mehr zahlen können in den nächsten Wochen steigen wird.
23 Um die sozialen Gefahren der Krise abzufangen, ist eine umfassende Verlängerung des
24 Kündigungsschutzes für Mieter*innen unablässig, um sie vor Wohnungslosigkeit zu schützen
25 und ihnen ein Mindestmaß an Sicherheit geben zu können. Daneben ist es wichtig, dass der
26 mit dem Kündigungsschutz einhergehende Mietaufschub nicht zur Schuldenfalle für
27 Mieter*innen wird.

28

Deswegen fordern wir:

30 Eine Verlängerung des Kündigungsschutzes bis mindesten zum Ende des Jahres sowie die
31 Zinsfreiheit des damit einhergehenden Mietaufschubes.

32

33 Neben dem Schutz der Mietwohnung vor Kündigung ist es genauso wichtig die
34 Grundversorgung (Internet, Wasser, Energie etc.) sicherzustellen. Insbesondere in Zeiten wo
35 wir uns verstärkt in der eigenen Wohnung aufhalten und das Internet aufgrund von Homeoffice
36 und digitalem Unterricht von existenzieller Bedeutung ist, muss die Versorgung mit diesen
37 Gütern unabhängig der finanziellen Situation der Menschen sichergestellt werden. Das gilt
38 besonders auch deswegen da durch die aktuelle Situation mit steigend Kosten in diesem
39 Bereich mit Nachzahlungen zu rechnen sein wird.

40

41 *Wir fordern deswegen:*

42 Eine Ausweitung der Kündigungsfrist und Stundung für existenzsichernde Verträge der
43 Grundversorgung bis mind. zu Ende des Jahres sowie bei der Nachzahlung für das Jahr 2020.
44 Hier müssen Wege gefunden werden die Mehrbelastung bei diesen Kosten für das laufende
45 Jahr abzufangen

46

47 **Nachhaltigkeit**

48 Klimawissenschaftler sind sich sicher: Der Shutdown hat zu dem größten Rückgang des
49 Ausstoßes von Treibhausgasen seit Beginn der Messung geführt. Tatsächlich scheint das
50 Klima eine der wenigen Profiteure der Krise sein und wir wollen, dass das auch nach der
51 Corona so bleibt. Wir wollen nicht nur die alte Welt wieder aufbauen, sondern durch die
52 Rettung der Wirtschaft eine neue ökologische Welt gestalten. Die SPD hat im Konjunkturpaket
53 klare klimapolitische Forderungen durchsetzen können. Wir begrüßen die Initiative für
54 Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserstofftechnologie. Trotzdem darf die SPD
55 nicht den gleichen Fehler wie die konservativen und liberalen Kräfte tun und glauben, dass
56 uns alleine die Technik vor der Klimakatastrophe bewahren wird. Wir alle werden unser Leben
57 und v. a. unser Wirtschaften ändern müssen. Als linker Verband sehen wir unsere Aufgabe
58 darin, diesen Weg sozial gerecht zu gestalten.

59

60 *Wir fordern*

- 61 • Verkehr wieder ins Rollen bringen! In Bremen hat dabei der Ausbau des Netzes der
62 Straßenbahn und der Regio – S- Bahn Priorität. Außerdem müssen die Busse der
63 BSAG möglichst schnell umgebaut werden. Gleichzeitig gehört der Radwegausbau
64 dringend vorangetrieben.

65 Der öffentliche Verkehr kam durch den Shutdown zeitweise fast komplett zum Erliegen.
66 Gerade der Flugverkehr fand kaum statt – diese Entwicklung sollten wir nutzen um den am
67 bodenliegenden Verkehr wieder neu zu errichten. Die Krise hat auch Fortschritt in der
68 Digitalisierung gebracht, wodurch Dienstreisen sowieso reduziert werden können. Die durch
69 das Konjunkturpaket beschlossenen Milliarden für die Bahn dürfen aber nicht nur in das
70 bestehende Netz fließen. Denn es müssen außerdem neue Strecken gebaut werden – sowohl
71 im Regionalverkehr, als auch im Fernverkehr. Zudem müssen die internationalen
72 Verbindungen ausgebaut werden. In vielen Städten, wie Paris oder London ist das Fahrrad in
73 den letzten Monaten zum Gewinner aufgestiegen. Leere Straßen wurden für den Autoverkehr
74 geschlossen und den Fahrrädern überlassen. Diese Entwicklung muss sich in Deutschland
75 fortsetzen. Insbesondere in Bremen erwarten wir einen schnellen Ausbau, beispielsweise
76 durch Pop-Up-Bikelanes.

77

78 *Wir fordern:*

- 79 • Corona – Staatshilfen sollen nur für Unternehmen gelten, die sich verbindliche
80 Klimaschutzziele setzen.

81 Die Kapitalist*innen begründen ihren Reichtum auf der Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen
82 und dem Klima. Als Jusos wollen wir deshalb nicht Klimaziele und Arbeitsplätze
83 gegeneinander ausspielen. Uns geht es darum gute Jobs zu schaffen und Klimaziele
84 einzuhalten. Der Markt hat ausreichend bewiesen, dass er weder gute Arbeit noch Klimaschutz
85 kann. Da aber auch der Wechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus wohl auch in naher
86 Zukunft noch nicht kommen wird, gilt es die vorhandenen Mittel konsequent zu nutzen, wofür
87 jetzt die richtige Zeit gekommen ist, denn durch Corona sind viele Unternehmen in die Krise
88 geraten und erwarten Hilfe vom Staat. Deshalb wollen wir Staatshilfen nicht nur an gute Arbeit,
89 sondern auch an verbindliche Klimaziele knüpfen.

90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137

Wir fordern:

- Den Ausbau der erneuerbaren Energien wiederzubeleben und dies sozial - gerecht zu gestalten. Deshalb soll die Stromversorgung in den 2020ern verstaatlicht werden um so fairen und ökologischen Strom für alle bereitzustellen.

In Deutschland ist die Energiewende stehen geblieben. V. a. der Bau von Windenergieanlagen ist bereits vor Corona zum Erliegen gekommen. Inzwischen müssen viele Anlagenbauer bereits die Produktion zurückfahren und Beschäftigte entlassen. Das ist eine erschreckende Entwicklung. Deshalb fordern wir eine Investitionsoffensive zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Zum einen um moderne Energieerzeugung zu unterstützen, aber auch um beispielsweise die Justiz zu stärken. Denn v. a. der Bau von Windparks leidet oftmals an viel zu langen Verfahren, die auch durch unterbesetzte Gerichte entstehen. Doch eine klimaneutrale Energiepolitik darf nicht dem Markt überlassen werden. Denn bereits jetzt leiden viele Menschen unter den viel zu hohen Strompreisen. Der zunehmende Ausbau erneuerbarer Energien droht zu einer sozialen Spaltung zu führen. Deshalb benötigen wir einen staatlichen Versorger, der allen Menschen Ökostrom zu günstigen Preisen anbietet.

Ein starker Sozialstaat ist die beste Medizin

Mit dem Konjunkturpaket soll in erster Linie die Wirtschaft unterstützt werden, das bedeutet aber nicht, dass damit nicht auch kräftig umverteilt werden kann. Wir lehnen eine einseitig angebotsorientierte Politik ab, verstecken sich hinter ihr doch nur die altbekannten neoliberalen Maßnahmen, die die gesellschaftliche Spaltung der Vergangenheit immer weiter vorangetrieben haben. Maßnahmen, die nur eines im Blick haben: Die Interessen von Kapitalist*innen. Steuersenkungen für Unternehmen, Deregulierung des Arbeitsmarkts oder Lohnzurückhaltung sind keine geeigneten Mittel zur Überwindung der Krise - ganz im Gegenteil!

Deswegen fordern wir:

Eine Politik, die vor allem auf die Stärkung der Binnennachfrage und Umverteilung abzielt. Dafür müssen Menschen mit geringem Einkommen besser unterstützt werden. Das Konjunkturpaket hat trotz guter Ansätze noch einige Lücken offen gehalten, die jetzt schnellstmöglich geschlossen werden müssen. Dies schließt nicht zuletzt eine Erhöhung des ALG II Satzes um min. 100€ und eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 13 € mit ein. Des Weiteren ist immer noch ein sozialgestaffelter Anstieg des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 90% des vorherigen Einkommens nötig.

Für Studierende braucht es ebenfalls wirksame Hilfe, am besten in Form eines elternunabhängigen Bafögs! Die jetzigen Hilfen des Bundeswissenschaftsministerium taugen noch nicht einmal als schlechter Witz und noch nicht einmal die Auszahlung dieser viel zu geringen Hilfen funktioniert. Doch auch für Azubis braucht es bei Verdienstauffällen oder falls die Ausbildung unterbrochen werden muss schnelle Maßnahmen. Niemand sollte aufgrund von Corona seine Ausbildung beenden müssen.

Die durch die Corona-Krise notwendigen Maßnahmen haben bestimmten Gruppen besonders hart getroffen. Teilweise sind mit der Lockerung der Maßnahmen Nachholeffekte zu erwarten, die diese Einbußen wieder ausgleichen, in bestimmten Branchen, namentlich der Hotel- und Gastronomiebranche, der Eventbranche und der freien Kulturszene sind solche Effekte jedoch nicht oder nur in geringem Ausmaß zu erwarten.

138 Diese Branchen brauchen deshalb ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes
139 Unterstützungsprogramm, das, basierend auf dem durchschnittlichen Einkommen der
140 vergangenen Jahre, die erlittenen Verluste ausgleicht.

141
142 Nicht zuletzt muss die Politik ihren Worten Taten folgen lassen und die Beschäftigten in der
143 Pflege besser unterstützen. Gegenteiliges zeigt sich jedoch gerade beim angekündigten
144 Pflegebonus von dem Kräfte im Gesundheitswesen ausgenommen sind. Wir setzen uns dafür
145 ein, dass alle Beschäftigten in der Pflege diesen Bonus erhalten. Insgesamt muss jedoch
146 langfristig dafür gesorgt werden, dass Pflegekräfte besser verdienen und vor allem entlastet
147 werden. Das bedeutet z.B. bezahlte Pausen und weniger Überstunden durch bessere
148 personelle Ausstattung.

149
150 Alle Maßnahmen, die jetzt beschlossen wurden und eine deutliche Entlastung von Menschen
151 in prekären Situationen ermöglichen, müssen nach der Pandemie zum Standard werden.

152

153 **Feminismus ist kein Privileg für entspannte Zeiten**

154 Geschlossene Kindergärten und Schulen haben zu einem Rollback bei der familiären
155 Betreuungsaufteilung geführt - zu Lasten von Frauen. Dabei sind gerade sie es, die
156 überdurchschnittlich häufig in essentiellen Bereichen arbeiten und deswegen sowieso
157 übermäßig durch die Pandemie belastet werden. Wir wollen dies nicht hinnehmen und
158 geschlechterpolitische Aspekte bei der Überwindung der Krise stärker in den Fokus nehmen!

159

160 *Deswegen fordern wir:*

161 Es müssen feministische Lösungen gefunden werden, damit sich die Betreuungsarbeit nicht
162 wieder dauerhaft auf die Frauen in den Familien verlagert. Mit Kontaktbeschränkungen ist es
163 sicherlich schwierig, den Betrieb in Institutionen wie Schulen und Kindergärten aufrecht zu
164 erhalten. Trotzdem müssen Wege gefunden werden, die gemeinschaftliche Betreuung von
165 Kindern zu ermöglichen, falls uns eine zweite Welle droht. So können wir eine weitere
166 Belastung von vor allem Frauen verhindern.

167

168 Doch auch konjunkturelle Maßnahmen müssen auf ihre genderspezifischen Auswirkungen
169 überprüft werden. Die aktuelle Ausgestaltung des Kurzarbeiter*innengeldes schützt vor allem
170 das existenzsichernde Normalarbeitsverhältnis in von männlich dominierten tarifgebundenen
171 Branchen.. Frauen arbeiten jedoch häufig in Branchen, die dem freien Spiel des Marktes
172 überlassen sind. Ein Mindestkurzarbeiter*innengeld könnte helfen, gerade im
173 Niedriglohnbereich Beschäftigte durch die Krise zu bringen.

174

175 **Wir wollen nicht alleine die Rechnung zahlen!**

176 Zur Finanzierung des Konjunkturprogramms ist die Union (und mit ihre auch einige Teile der
177 SPD) von ihrem Fetisch der schwarzen Null abgewichen. Das ist nur zu begrüßen, denn die
178 Schuldenbremse hat schon viel zu lange nötige Investitionen in die Zukunft verhindert! Marode
179 Infrastruktur, verschlafene Digitalisierung, veraltete klimaschädliche Wirtschaft und nicht
180 zuletzt die Folgen der Coronakrise wären weitaus größere Lasten für die nächste Generation
181 als die nun aufgenommenen Schulden. Uns ist aber natürlich klar: Schulden müssen
182 zurückgezahlt werden. Hier entscheidet sich am Ende, ob wir den nötigen Wandel nach
183 Corona sozial gerecht gestalten können.

184

185 *Wir fordern deswegen:*

186 Eine grundlegende Reform hin zu einem gerechten Steuersystem, denn bei der Finanzierung
187 unseres Gemeinwesens müssen starke Schultern auch mehr tragen! Geringe Einkommen
188 müssen entlastet und stattdessen Kapitaleinkünfte und Vermögen stärker besteuert werden.
189 Kurzfristig bedeutet das für uns eine Vermögensabgabe, um einen Corona-Lastenausgleich
190 zu ermöglichen. Diese ist von Natur aus jedoch einmalig, deswegen brauchen wir mittelfristig
191 eine Vermögenssteuer, eine effektive Erbschaftssteuer und eine progressive
192 Kapitalertragsteuer, um stetige Steuereinnahmen zu garantieren. Damit diese Steuern nicht
193 die Falschen treffen, müssen sie mit einem angemessenen Freibetrag verbunden werden.
194

195 Menschen mit kleineren Einkommen werden prozentual von der Mehrwertsteuer am stärksten
196 belastet - im Gegensatz zu anderen Steuerarten wirkt sie damit regressiv! Die mit dem
197 Konjunkturpaket verbundene Senkung der Mehrwertsteuer ist deswegen ein richtiger Schritt,
198 aber noch nicht ausreichend. Wir wollen noch einen Schritt weitergehen und fordern die
199 vollständige Abschaffung der Mehrwertsteuer.

200 Im Gegensatz zur Mehrwertsteuer wirkt die Einkommensteuer progressiv, doch auch hier gibt
201 es Verbesserungsbedarf. Denn der jahrzehntelangen Klassenkampf von oben durch
202 Organisationen wie der INSM hat dazu geführt, dass immer wieder Steuersenkungen für hohe
203 Einkommen umgesetzt wurden. Deswegen fordern wir einen höheren Spitzensteuersatz und
204 eine Entlastung geringerer Einkommen.
205

206 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass ein starker Sozialstaat mehr als Gold wert ist. Vor
207 allem das Instrument der Kurzarbeit, das über die Arbeitslosenversicherung finanziert wird,
208 hat sich als sehr erfolgreich erwiesen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Nach wie vor ist der
209 Großteil der Sozialleistungen über Beiträge finanziert, die paritätisch von Arbeitnehmer*innen
210 und -geber*innen bezahlt werden. Damit unser Sozialstaat weiterhin gut und vor allem gerecht
211 ausfinanziert wird, fordern wir, die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze bei den
212 Sozialversicherungen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch für
213 Kapitaleinkommen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden müssen.
214

215 Die Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung von Unternehmen darf kein Tabu sein, wenn der
216 Staat nun Unternehmen hilft. Vielmehr sollte eine staatliche Beteiligung obligatorisch sein! Der
217 Staat muss diese Beteiligungen dann aber auch aktiv nutzen, um z.B. Verbesserungen für die
218 Beschäftigten durchzusetzen.
219

220 **Für uns darf es keine Rückkehr zur Normalität geben**

221 Die Corona-Pandemie wird uns aller Voraussicht noch länger begleiten, denn die Entwicklung
222 eines Impfstoffes dauert noch an und die Gefahr einer zweiten Welle bleibt solange bestehen.
223 Doch für uns klar: Wir wollen nicht einfach zurück zum Status Quo. Dieser Status Quo bedeutet
224 ein ungerechtes System, was auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und - das hat
225 sich eindrücklich gezeigt - nicht in der Lage ist mit externen Schocks umzugehen.
226

227 Die Corona-Pandemie ist aber keine wie auch immer geartete "Chance" für irgendetwas. Wer
228 so redet, verharmlost und ignoriert das Leid vor allem bereits jetzt marginalisierter
229 Bevölkerungsgruppen. Wer es sich erlauben kann von "Chancen" zu reden, vergisst
230 offensichtlich seine eigene privilegierte Stellung, denn für den Großteil der Bevölkerung
231 bedeutet diese weltweite Pandemie die Verschärfung bereits bestehender Probleme. Ob nun
232 Jobverlust, häusliche Gewalt in Isolation oder der Verlust von Angehörigen: Corona war und
233 ist keine Chance!
234

235 Eine Alternative zum ausbeuterischen Kapitalismus bestand schon immer und besteht auch
236 weiterhin. Wir sehen es als weiterhin als unsere Pflicht an, für diese Alternative zu kämpfen.
237 Für eine Welt in der nicht mehr Profitinteressen über Menschenleben gestellt werden, eine
238 Welt in der wir selber demokratisch entscheiden, was und vor allem wie wir etwas profitieren
239 wollen, eine Welt in der eine globale Pandemie nicht zur Vernichtung von Existenzen führt.
240 Dieses Ziel muss sich in allen Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden widerspiegeln - ob nun
241 kurzfristig oder langfristig.
242
243 Der Kampf für den Sozialismus ist nur noch drängender geworden!
244